

Vielfältige Gesellschaft- interkultureller Verbraucherschutz? 10.05.2016, Berlin

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Antworten der Mitarbeitenden aus den Migrationsdiensten der AWO Stuttgart

- sehr wichtiges Thema!! Grade heute hab ich mit Kolleginnen darüber geredet, weil gestern ein junger Syrer mit einem Mahnschreiben von Rechtsanwälten bei mir war. Es geht um **Handyverträge**, wo die Leute sagen, sie hätten nicht unterschrieben, sie verstehen die Mahnung nicht usw. Da entstehen schnell hohe Kosten. Ein Kollege sagt, dass mehr und mehr Leute mit solchen Problemen ins WCS gekommen sind. Ein anderer Kollege meint, dass es **arabisch sprechende Banden oder auch Kleinunternehmen gibt**, die die Situation ausnützen und die Leute jetzt betrügen.
- Kollegin sagte, dass beim Kursträger **Leute aus den Alfakursen** rein gar nichts verstehen und entsprechend Verträge unterschreiben.
- Thema **Arbeitsverträge**: wir haben nämlich einen Arbeitsvertrag gefunden, bei dem sich der Flüchtling verpflichtet **2000 Euro für die Arbeitsvermittlungsfirma** zu zahlen, wenn ein Angebot gefunden wird. Man hat dem Flüchtling gesagt er würde das locker in den ersten 3 Monaten abzahlen können, da er durch die Vermittlungsfirma einen tollen Job mit guten Verdienstmöglichkeiten finden wird.
- **Ratenverträge allgemein**, sofern die Betroffenen nach Schufa-Abfrage und Einkommensnachweis überhaupt "ratenwürdig" sind.
- **Handyverträge (2 jährige Laufzeit)**, viele wollen dann vorher wieder raus, was aber in der Regel nicht so ohne weiteres geht
- **Telefonverträge allgemein** (s.o.)
- - **Versicherungen**: Manchmal werden den Betroffenen Versicherungen aufgedrängt, die für sie wenig Sinn machen, bzw., die nicht im Budget liegen
- großes Ärgernis: **Der Rundfunkbeitrag**.

Hier bereichern sich die Rundfunkanstalten häufig auf Kosten von Teilnehmern, die eigentlich aufgrund ihres Leistungsstatus von den Rundfunkgebühren befreit werden könnten und ziehen zu Unrecht Gebühren ein. Viele Betroffene wissen nicht Bescheid, dass sie für eine Befreiung einen Antrag stellen und gleichzeitig die Nachweise einreichen müssen. Rückwirkende Nachreichungen von Bescheiden sind nur bedingt möglich, **in der Regel lässt der Beitragsservice nicht mit sich reden**.

Natürlich gilt in allen Fällen: Unwissenheit schützt nicht vor finanziellen Nachteilen, dennoch ist es oft ärgerlich, wenn die Leute reingefallen sind und hinterher Schwierigkeiten haben, die Verträge wieder zu lösen.

Da rollt möglicherweise eine Welle auf uns zu. Man müsste eine **Schuldnerberatungsstelle extra für Migranten/Flüchtlinge** einrichten. In den Deutschkursen **auf englisch/arabisch Veranstaltungen** dazu machen, um die Leute zu warnen (nicht nur Flyer). Auch im **Internet** hat man schnell etwas bestellt/unterschrieben ohne es zu verstehen.

Georg Ceschan, AWO Stuttgart